

Wie wird die zukünftige Nutzung der Unteren Rathaushalle aussehen?

Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP

Wir fragen den Senat:

1. Welche Varianten zur Nutzung der Unteren Rathaushalle prüft der Senat, die sowohl die Errichtung des Welterbezentrum als auch den Erhalt der bisherigen Nutzung als Ausstellungs- und Veranstaltungsort vorsehen, und inwieweit wird bei den Planungen die Expertise anderer Ressorts, wie beispielsweise des Kultur- und Bauressorts, eingeholt?
2. Wie sehen die weiteren Planungsschritte aus, und wie ist der konkrete Zeitplan zur Umnutzung der Unteren Rathaushalle?
3. Wie sollen die Bürgerinitiative und der Beirat Mitte zukünftig in den Prozess eingebunden werden, und wie bewertet der Senat die Kritik der Bürgerinitiative an der bisherigen Kommunikation mit der Senatskanzlei?

Zu Frage 1:

Im weiteren Prozess der Errichtung des Welterbeinformationszentrums wird es eine Ausschreibung geben, bei der spezialisierte Büros Umsetzungs- und Darstellungskonzepte zur Realisierung eines Ankommens- und Willkommensbereich, eines Welterbeinformationszentrums und der Berücksichtigung der bisherigen Nutzungen einreichen sollen. Auf dieser Grundlage findet anschließend ein Prüf- und Auswahlprozess zur umzusetzenden Lösung statt. In den Prozess der Ausschreibung werden Expertisen weiterer Senatsressorts und deren zugeordneten Ämtern und Gesellschaften, z.B. seitens des Senators für Kultur oder der Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation, einbezogen. Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung wird im Rahmen ihrer baurechtlichen Zuständigkeit beteiligt.

Zu Frage 2:

Zunächst wird ein Nutzungs- und Betriebskonzept für die Öffnung der Unteren Rathaushalle aufgestellt werden, welches Grundlage für die weiteren Gespräche mit dem Bund über die Fördermittel sein wird. Zudem wird die in Antwort zur Frage 1 beschriebene Ausschreibung vorbereitet und durchgeführt. Der Zeitplan wird im Wesentlichen von den weiteren Planungs- und Beteiligungsprozessen beeinflusst und wird in den anstehenden Konkretisierungsphasen des Projekts stetig angepasst und überarbeitet.

Zu Frage 3:

Die Senatskanzlei befindet sich mit der Bürgerinitiative in einem fortgesetzten Dialog, so wie es vereinbart worden ist. Die Sichtweisen und Meinungen der Initiative wie auch des Beirats Mitte werden weiterhin in den Prozess einfließen. Insgesamt bewertet der Senat den Dialog als konstruktiv. Die formale Einbindung des Beirats Mitte ergibt sich aus dem Gesetz über die Beiräte und Ortsämter. Die Senatskanzlei wird den Beirat Mitte darüber hinaus stets über wesentliche neue Sachstände direkt informieren.